

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Telefon-Nr. 25 241.
Für den Nachdruck: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr: vom 16. bis 31. 1. 26 bei täglich zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalte 30 mm br. Zeile 30 A. L. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10 A. außer 20 A. für 90 mm br. Reklamenseite 180 A. außer 200 A. Offertengebühr 10 A. Zusam. für 3 Tage 20 A. Vorausbezahlt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hulfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Ernst Rosenkranz, Dresden-A.
4 Nicolaistr. 4
Flügel- und Pianofortefabrik
1797 in Dresden gegründet / Ältesteächs. Pianofortefabrik / Seit 128 Jahren in Dresden / Weltberühmtes vorzüg. Qualitätsfabrikat

F. Hermann Beeg A-G. Dresden-A.
Gesundheitstechnische Einrichtungen
Zentralheizungen - Kupferschmiederei

Ein nichtsfagendes Regierungsprogramm.

Die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten.
Das Sperrgesetz für die Fürstenprozesse im Rechtsauschuß. — Die Finanzdebatte in der französischen Kammer.

Ziele und Aussichten des neuen Kabinetts

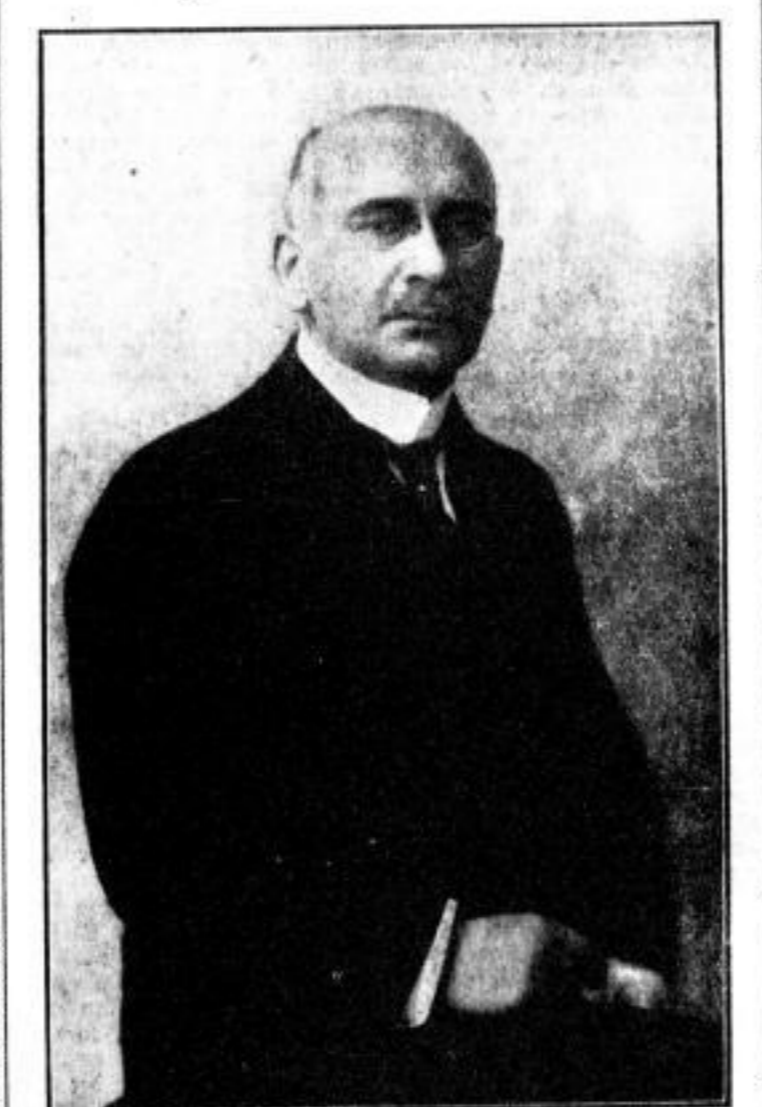
Es ist nicht leicht für einen leitenden Staatsmann, eine politische Programmrede zu halten, wenn er es angesichts so häufiger parlamentarischer Verhältnisse tun muß, wie sie jetzt bei uns herrschen. Es ist etwas wesentlich anderes, vor einem Reichstage zu sprechen, in dem der Regierungschef einen sicheren parlamentarischen Rückhalt besitzt, als einer Volksvertretung gegenüberzutreten, über der von vornherein die Konfliktluft liegt, so daß jeden Augenblick der aufgekaupte Zündstoff sich entladen und zu einer neuen Krise führen kann. Diese Stimmungsmäßigen Einschläge dürfen nicht übersehen werden, wenn man an die Regierungserklärung den kritischen Maßstab legt. Sie haben die unmittelbare Folge gehabt, daß der Reichskanzler gleich über den Anfang seiner Rede einen Schleiher von unverkennbarer Resignation ausbreitete, indem er dem Reichstage die verantwortliche Entscheidung darüber zuschob, ob er der Minderheitsregierung zur Erledigung der sachlichen Arbeiten die verfassungsmäßige Vertrauensgrundlage geben wolle. Aus diesen Worten spricht kein freudiges Vertrauen, das ja auch nach der gesamten Lage gar nicht vorhanden sein kann. Sie klingen kühl, sind von vornherein auf einen wenig zuverlässigen Ton gestimmt. Entsprechend dieser Einleitung ist denn auch der übrige Inhalt der Rede Dr. Luthers gestaltet, die wenigstens den einen Vorzug genießt, daß sie sich kürze als des Wiges Bürge zur Nichtschur genommen hat. Das Ganze ist lediglich ein Katalog der einzelnen Aufgaben, welche die Reichsregierung auf außen- und innenpolitischem Gebiete verwirklichen will, wenn — sie dazu die nötige Zeit behält und ihr nicht der Parteien Günst und Doh vorzeitig ein Ende macht. Man wird der Empfindung nicht ledig, daß Dr. Luther unter dem Eindruck gesprochen habe, als wenn das Schicksal schon das Vortuch für diese Regierung bereithalte.

Bei den besonders knappen Ausführungen über die auswärtige Politik fällt stark der Mangel einer zielbewußten Entschiedenheit der Sprache auf. Mehr brauchte der Reichskanzler über dieses Gebiet zwar nicht zu sagen, als er getan hat, aber es wäre wesentlich eindrucksvoller nach innen und außen gewesen, wenn er hier keinen Zweifel darüber gelassen hätte, daß die mit dem Locarnogeist auf Seiten des Verbundes gemachten üblen Erfahrungen in der Frage der Herabsetzung der Belastungshöhe für uns jede Möglichkeit ausschließen, einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen, solange ein für uns so wesentliches Kapitel nicht einen völlig befriedigenden Abschluß erhalten hat. Der Verdacht, daß sich in der allzu neutral gehaltenen Ausdruckweise des Reichskanzlers in diesem Punkte die pazifistische Weltanschauung der neuen Regierung bereits in unheilbarer Weise betätigt habe, läßt sich nicht unterdrücken. Das mutet um so fataler an, als der Reichskanzler gleichzeitig einen Appell zur Mitarbeit an die Parteien außerhalb der Regierung richtete, die in staatsbelastender Gesinnung praktische Arbeit leisten wollten. Der Ruf nach den Deutschnationalen hinüber ist hier deutlich genug ausgesprochen. Um so mehr hätte man dann erwarten sollen, daß der Reichskanzler bekräftigt gewesen wäre, in den grundlegenden auswärtigen Fragen der Belastungshöhe und des Eintritts in den Völkerbund einen etwas markanteren Standpunkt einzunehmen. Auch die nicht minder bedeutende Abklärung der Räumungsfragen für die zweite und dritte besetzte Zone wäre wohl einer Erwähnung in dem Sinne wert gewesen, daß wir nicht gewillt sind, uns mit dem bis jetzt von Verbandsseite akklimatisierten darüber gebreiteten Schwelgen zu begnügen. Alles dies wird in der politischen Aussprache über die Regierungserklärung mit dem erforderlichen Nachdruck erörtert werden müssen.

Die Unterstützung der außerhalb der Regierung stehenden Parteien mit staatsbelastender Gesinnung ist auch bei der Durchführung der umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die das Regierungsprogramm aufzählt, nicht zu entbehren. Das gilt namentlich auch im bremsenden Sinne mit Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge die Regelung der Arbeitszeit und das Arbeitsgerichtsrecht. Wenn Dr. Stresemann Ende 1924 die Große Koalition zerbrach mit der unverkennlichen Begründung, daß er die damals bevorstehende große Steuer- und Zollgesetzgebung

nicht mit der radikalen Linken machen könne, so alt genau das gleiche auch von den jetzt in Aussicht stehenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Sie sind in einer mit dem Staatswohl verträglichen Form nur mit Hilfe der Rechten zu lösen, da ihre Durchführung nach radikalen Rezepten die Wirtschaftskrise, deren außerordentliche Ausmaße Dr. Luther so stark betont, vollends ins Unentzählbare steigern und das Chaos heraufbeschwören würde. Auch die Bank. Vv., die in der Regierung vertreten ist, würde dann sicher nicht mehr mitmachen. Die Bayern sind jetzt schon recht mißmutig und haben das Gefühl, daß sie in eine Gesellschaft geraten sind, in der von bairischen Sympathien nicht eben viel die Rede ist. Besonders erboht ist man in der bairischen Volkspartei

Sachsens neuer Finanzminister.



Ministerialdirektor a. D. Scheimer Rat Dr. Dehne.
Der Direktor der Sächsischen Bank zu Dresden, Ministerialdirektor Landtagsabgeordneter Dr. iur. Julius Dehne hat sich auf das Erreichen der demokratischen Landtagsfraktion hin entschlossen, eine Verhina als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold in das Amt des sächsischen Finanzministers anzunehmen. Die amtliche Ernennung dürfte in Kürze erfolgen.
Seine Wähler wissen bereits zu melden, daß Geheimrat Dr. Dehne zum sächsischen Finanzminister berufen sei und seinen Posten als Präsident der Sächsischen Bank niedergelegt habe, sich also nicht nur habe beurlauben lassen. Demgegenüber stellt der Telemunion-Zachendienst fest, daß bisher keine Berufung des Geheimrats Dr. Dehne zum Finanzminister, wenn diese auch als ganz sicher zu erwarten steht, erfolgt ist und daß Geheimrat Dr. Dehne bisher lediglich seiner Partei gegenüber sich zur Annahme der Berufung zum sächsischen Finanzminister bereit erklärt hat. Daß er bei Annahme dieser Berufung seine Stellung als Präsident der Sächsischen Bank niederlegen und jede private Verbindung in dieser Beziehung lösen muß, ist selbstverständlich.

über die Anrempelung eines führenden Zentrumblattes, das erklärt hat, die genannte Partei sei ein bloßes bairisches Landesgewächs und habe in Reichsangelegenheiten überhaupt nicht mitzureden. Auch die von dieser Seite drohenden Klippen werden für die neue Regierung und die Koalition im Parlament nicht leicht zu umschiffen sein.

In alledem kommt noch die starke Belastungsprobe, der das neue Kabinet durch die Tutmann-Affäre ausgesetzt worden ist. Das Schreiben des Reichswehrministers an den Untersuchungsanschuß wird in der Presse der Unten so ausgelegt, als ob Dr. Gehler sich vor den Korvettenkapitän Canaris nur insoweit gestellt habe, als dieser persönlich angegriffen sei. Im übrigen habe aber Dr. Gehler durch die Beurteilung jeder Parteinahme mittelbar Canaris einer unzulässigen Parteinahme bezichtigt und es auch abgelehnt, für das alte Meer und die alte Marine irgendwie einzutreten. Mit Befriedigung wird dann festgestellt, daß dies die vermeintliche Antwort auf die drohende Frage des „Vorwärts“ bilde, ob die Regierung Luther-Küls-Reinhold-Gehler die geradlinige Fortführung der Regierung Michaelis-Kopelle sei. Die Linke glaubt also der neuen Regierung schon von allem Anfang an einen Rückzug vor einer sozialistischen Anpassung unterstellen zu können. Das ist nicht gerade ein ermutigender Beginn. Immerhin, man wird abwarten müssen, was das Kabinet praktisch zuwege bringt, ob der so eigenartig zusammengesetzte Mechanismus sich wirklich in einem Sinne zu betätigen vermag, der dem Wunsch des Reichskanzlers entspricht, die Geschäfte des Reiches sachlich und zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes zu führen. Man kann lange es ja nicht dauern, bis darüber Klarheit verbreitet ist. Es wird dabei wesentlich darauf ankommen, ob Dr. Luther mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit sich gegenüber den nach links gravitierenden Kräften in seinem Kabinet genügend durchzusetzen vermag oder ob diese das entscheidende Uebergewicht erhalten, so daß eine besonnene Wiederbaupolitik nicht möglich ist. Ein besonderer Unstern hat es gewollt, daß unmittelbar nach der Kanzlerrede die Regierung in einer Geschäftsordnungssache, die sich auf die von Dr. Luther gewünschte Zurückziehung des deutschnationalen Antrages über die Voraussetzungen des Eintritts in den Völkerbund bezog, eine Niederlage erlitt, da auch die Sozialdemokraten gegen das Kabinet stimmten. Diese an sich nicht bedeutende Episode muß im Zusammenhang der Dinge als symptomatisch bewertet werden.

Die Rede Dr. Luthers.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Jan. Vor vollendetem Hause und dichtgedrängten Tribünen gab heute der Reichskanzler Dr. Luther das Programm des neuen Reichskabinetts bekannt. Am Regierungstische hatte das neue Kabinet sich vollständig eingefunden. Neben dem Außenminister Dr. Stresemann saßen der Innenminister Dr. Müller und der Finanzminister Dr. Reinhold, worauf Reichswehrminister Dr. Gehler, Arbeitsminister Braun, Wirtschaftsminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Rohne, Postminister Dr. Sinaal, Ernährungsminister Dr. Haslunde und Justizminister Dr. Marx folgten.

Reichskanzler Dr. Luther

führte aus:
Die jetzt dem Reichstage vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Verträge zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition misslungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen.
Es wird Sache des Reichstags sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob er der Annahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar des vorigen Jahres, als ich dem Reichstage eine Wehrheitsregierung vorstellten durfte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgelacht, die in staatsbelastender Gesinnung praktische Arbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem Reichs-

26
Rate
und
isches
aruch.
Ich
b bin
leiner
ollen
n die
tag-
fome
blieb
Berk.
neigt,
bände
atum
Woll
meine
in ich
brange
um?
r den
in
idilim
r für
eines
ebiger
r, wir
s an-
uf ein
wieder
er sah,
allen
o, daß
werden
mir?
s ge-
arikon
eich es
e alle
de ein
t mich
wenn
a gema
o aus-
rd auf
tamen
wieder
dieser
arischen
e. Wer
Stils
t aerz
Sturt
das ich
er?
seiner
sch ver-
schlich
ei und
nicht,
in man
Stängel,
r Müde,
rhr. 26. 1
Dann
app gerat.
Staublir,
reng reat.
Beit unte
obenpreis.
ndung
-Gorbil,
g. 5.
n. Hutebn.
aktionens
inistler
Wapigen
Dresden.
Überbatal
Seiler